

Briten warnen: Kriminelle nutzen Schulfotos für Missbrauchsbilder



[Simon Huber](#)

[Grossbritannien](#), 08.05.2026 - 21:18

Kriminelle aus Grossbritannien nutzen KI, um harmlose Schulfotos in Missbrauchsbilder umzuwandeln und Schulen damit zu erpressen. Experten schlagen Alarm.



Britische Kriminelle nutzen Schulfotos für Missbrauchsbilder von Kindern. (Symbolbild) - keystone

Das Wichtigste in Kürze

- Kriminelle verwandeln Schulfotos mit KI in Missbrauchsbilder.
- Eine britische Schule wurde bereits mit 150 solcher Bilder erpresst.
- Experten empfehlen Schulen, Kinderfotos von ihren Websites zu entfernen.

Fotos von Schulwebsites reichen Kriminellen heute aus, um Schulen zu erpressen. Mit KI-Tools verwandeln sie harmlose Bilder von Schülerinnen und Schülern in sexuelle Missbrauchsdarstellungen und drohen dann mit deren Veröffentlichung.

Die britische [Internet](#) Watch Foundation (IWF) bestätigt einen konkreten Fall: Eine Sekundarschule im Vereinigten Königreich erhielt [manipulierte Bilder](#) ihrer eigenen Schülerinnen und Schüler.

150 davon gelten laut der «Daily Mail» nach britischem Recht als strafbares Missbrauchsmaterial.

Schulen sollen Fotos entfernen

Die britische Kriminalitätsbehörde NCA und Kinderschutzorganisationen fordern Schulen nun auf, erkennbare Kinderbilder von ihren Websites und Social-Media-Kanälen zu entfernen.



Kriminelle in Grossbritannien nutzen Schulfotos um Missbrauchsbilder zu erstellen. (Symbolbild)
- keystone

Eine eigens eingerichtete Beratungsgruppe hat eine Checkliste für Schulen erstellt. Diese empfiehlt unter anderem regelmässige Überprüfungen aller veröffentlichten Kinderbilder sowie die erneute Einholung von Einwilligungen der Eltern.

Tritt ein Erpressungsfall auf, sollen Schulen sofort die Polizei kontaktieren und die betroffenen Originalbilder entfernen.

Sextortion auf dem Vormarsch

Diese Form der Erpressung wird als Sextortion bezeichnet und nimmt mit dem Aufkommen neuer KI-Tools stark zu. Dabei werden Opfer mit manipulierten Bildern unter Druck gesetzt und zur Zahlung von Geld gezwungen.

Die britische Bildungsministerin Jess Phillips spricht von einer «zutiefst beunruhigenden neuen Bedrohung». Sie kündigt weitere gesetzliche Massnahmen an.